



## **Geschäftsbericht 2018**

Landesamt für Bürger- und  
Ordnungsangelegenheiten (LABO)

## Begriffserläuterung und Verzeichnis der Abkürzungen

ABH	Ausländerbehörde
AOD	Allgemeiner Ordnungsdienst
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
BIS	Business Immigration Service
BVG	Berliner Verkehrsbetriebe
ERS	Fachverfahrensmodul zur Durchführung der Wahl von Ehrenamtlichen Richtern und Schöffen
GWG	Geldwäschegesetz
i-Kfz	Internetbasierte Kfz-Zulassung
ITDZ Berlin	IT-Dienstleistungszentrum Berlin
Kfz	Kraftfahrzeug
LABO	Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
MDE	Mobile Datenerfassung
ODiS I	Fachverfahren für Personenstandsregister des Standesamtes I, der Eigenname leitet sich her aus „Online-Datenbank im Standesamt I“
ON2	OfficeNet2 - Wissensmanagementsystem, Plattform für das Intranet-Portal
PAM	Parkraummanagement
PrVG	Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus
rexx	Software für das digitale Bewerbungsmanagement
VIATO Z	Fachverfahren für das Kfz-Zulassungswesen
VL II	Verwaltungslehrgang II

# Inhaltsverzeichnis

Vorworte. . . . .	.04
Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten im Überblick . . .06	
Die Abteilung I . . . . .	.07
Die Abteilung II . . . . .	.07
Die Abteilung III . . . . .	.08
Die Abteilung IV . . . . .	.09
Die Abteilung V . . . . .	.10
Aktuelles aus dem Geschäftsjahr . . . . .	.11
Abteilung I. . . . .	.12
Abteilung II . . . . .	.14
Abteilung III . . . . .	.18
Abteilung IV . . . . .	.22
LABOweite Themen. . . . .	.26
Die Zahlen. . . . .	.29
Abteilung I. . . . .	.30
Abteilung II . . . . .	.32
Abteilung III . . . . .	.34
Abteilung IV . . . . .	.36
Abteilung V . . . . .	.38
LABO gesamt . . . . .	.39
Impressum . . . . .	.40

# Vorwort des Senators für Inneres und Sport



Andreas Geisel  
Senator für Inneres und Sport  
in Berlin

## *Sehr geehrte Damen und Herren,*

Wir wollen Berlin gemeinsam gestalten, solidarisch, nachhaltig und weltoffen und dazu braucht es eine leistungsfähige Verwaltung.

Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) hat mit seinem Dienstleistungsangebot einen erheblichen Anteil daran, dieses Ziel auch zu erreichen. Die wachsende Stadt Berlin und die damit zusammenhängenden Anforderungen stellen auch das LABO mit all seinen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger vor Herausforderungen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen diese an und sorgen mit außergewöhnlichem Einsatz für eine kundenorientierte Verwaltungsarbeit. Wenn es sein muss auch mit Wochenendarbeit.

Im Jahr 2018 bediente das LABO rund 1 Million Kundinnen und Kunden. Allein 197.000 Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern wurden in der Kfz-Zulassungsstelle bearbeitet. Die Wartezeiten konnten durch zusätzliches Personal und weitere Maßnahmen, wie z. B. die Einrichtung eines eigenen Ausbildungssachgebietes in der Kfz-Zulassungsstelle, deutlich gesenkt werden. Denn alle Antragstellerinnen und Antragsteller haben ein Recht darauf, schnell und freundlich behandelt zu werden sowie rechtlich korrekte Dienstleistungen des LABO zu erhalten. Damit dies künftig noch besser gelingt, ist die weitere Modernisierung und Digitalisierung der Behörde ein zentrales Projekt. Der effektive Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik verbunden mit einer Optimierung der Geschäftsprozesse helfen dabei, die Dienstleistungen des LABO für alle Bürgerinnen und Bürger kundenfreundlich und barrierefrei anzubieten.

Die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse bietet große Chancen, die Qualität des Angebotes in jeder Hinsicht zu steigern, denn Berlin braucht einen modernen, leistungsfähigen und attraktiven öffentlichen Dienst. Dabei gilt es die Potenziale aller Beschäftigten zu nutzen und weiter zu entwickeln. Der Senat hat zusätzliche Personalstellen für das LABO bewilligt und damit die Voraussetzungen für eine zukunftssichere Entwicklung geschaffen.

Bei meinem Besuch im LABO konnte ich mir einen persönlichen Eindruck über die im Jahr 2018 gemeisterten Herausforderungen und über die geleistete Arbeit verschaffen. Ich bedanke mich bei allen Beschäftigten des LABO für ihr hohes Engagement. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam im Interesse dieser Stadt die anstehenden Projekte weiterhin kraftvoll angehen und erfolgreich bewältigen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Andreas Geisel". The signature is fluid and cursive, with a large initial 'A'.

Andreas Geisel

# Vorwort des Direktors des LABO

## *Sehr geehrte Damen und Herren,*

das Jahr 2018 brachte für das LABO viele Veränderungen mit sich. Die Beschäftigten des LABO leisteten in diesem Jahr auch in sehr arbeitsintensiven Zeiten hervorragende Arbeit. Sie trugen durch ihr hohes Engagement und ihre hohe Einsatzbereitschaft dazu bei, dass das Amt seiner elementaren Bedeutung für das Land Berlin gerecht wurde.

Die Entschädigungsbehörde - Abteilung I - hat im Jahr 2018 wieder vorbildliche Arbeit geleistet und ihre Ziele für das Jahr erreicht. Dies gelang mit der Umsetzung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) und des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus (PrVG).

Große Fortschritte erreichte die Abteilung II. Insbesondere das Standesamt I in Berlin, welches durch eine Neuregelung der Zuständigkeit für die Nachbeurkundung von Auslandspersonenstandsfällen den großen Bearbeitungsrückstau minimieren konnte. Dabei erwies sich die Einführung der neuen digitalen Vorgangsbearbeitung bei Urkundenanforderungen als sehr effektiv.

In der Abteilung III - der Kfz-Zulassungsbehörde - nahmen zum Jahresbeginn die Wartezeiten zu. Durch die Einführung des neuen IT-Fachverfahrens im März 2018, einer schnellen Bereitstellung von zusätzlichem Personal und der Optimierung von Arbeitsprozessen konnten die Wartezeiten für Privatkunden von 32 Tagen auf 0-2 Tage reduziert werden. Um eine dauerhafte Reduktion der Wartezeiten und eine nachhaltige Bindung von bestehendem und neuem Personal zu erreichen, wurden im Rahmen eines eigens initiierten Schulungssachgebiets die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten nicht nur verbessert, sondern auch bedarfsorientiert erweitert.

Die Ausländerbehörde - Abteilung IV - erzielte neben der Bearbeitung der stetig steigenden Anträge Erfolge in vielerlei Hinsicht. So wurde zum Beispiel die Rückführung von Straftätern in ihre Herkunftsländer mehr

als verdoppelt. Vorbildlich ist neben den fachlichen Erfolgen der Ausländerbehörde, die Ausbildung von Nachwuchskräften anzuführen. Hier zeigt die Abteilung IV, dass gute Ausbildung das richtige Mittel für die dauerhafte Personalrekrutierung ist. Für die im Jahr 2019 durch den geplanten Austritt Großbritanniens aus der EU zu bewältigenden Schwierigkeiten wurden erste wichtige Vorbereitungsmaßnahmen getroffen. Ich bin mir sicher, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch diese Herausforderungen im nächsten Jahr hervorragend meistern werden.

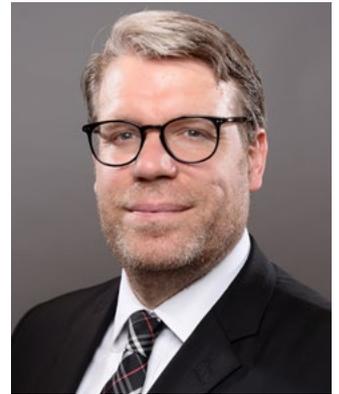
Der Abteilung V gelang es, Prozesse anzustoßen, um das LABO als wettbewerbsfähigen und attraktiven Arbeitgeber zu präsentieren. Besonders erfreulich war die Einführung des Betriebssystems Windows10, welche erfolgreich und reibungslos ablief.

Alle Bereiche des LABO hielten auch in diesem Geschäftsjahr wieder viele praktische Einsatzmöglichkeiten für Nachwuchskräfte, Studierende und auch Abiturienten bereit. Aufgrund der erfolgreichen Einführung des neuen IT-Werkzeuges für ein digitales Bewerbungsmanagement (genannt „rexx“) konnte der Prozess des Stellenbesetzungsverfahrens optimiert werden. Mit dieser Maßnahme ist das LABO einen deutlichen Schritt auf dem Weg in die digitale Verwaltung nach vorn gegangen.

Trotz aller erzielten Erfolge liegt für das nächste Jahr noch viel vor uns. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam die in 2019 anstehenden Herausforderungen meistern werden, da bereits heute in allen Abteilungen kompetente, engagierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Aufgaben mit Bravour bewältigen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Erik Nils Voigt



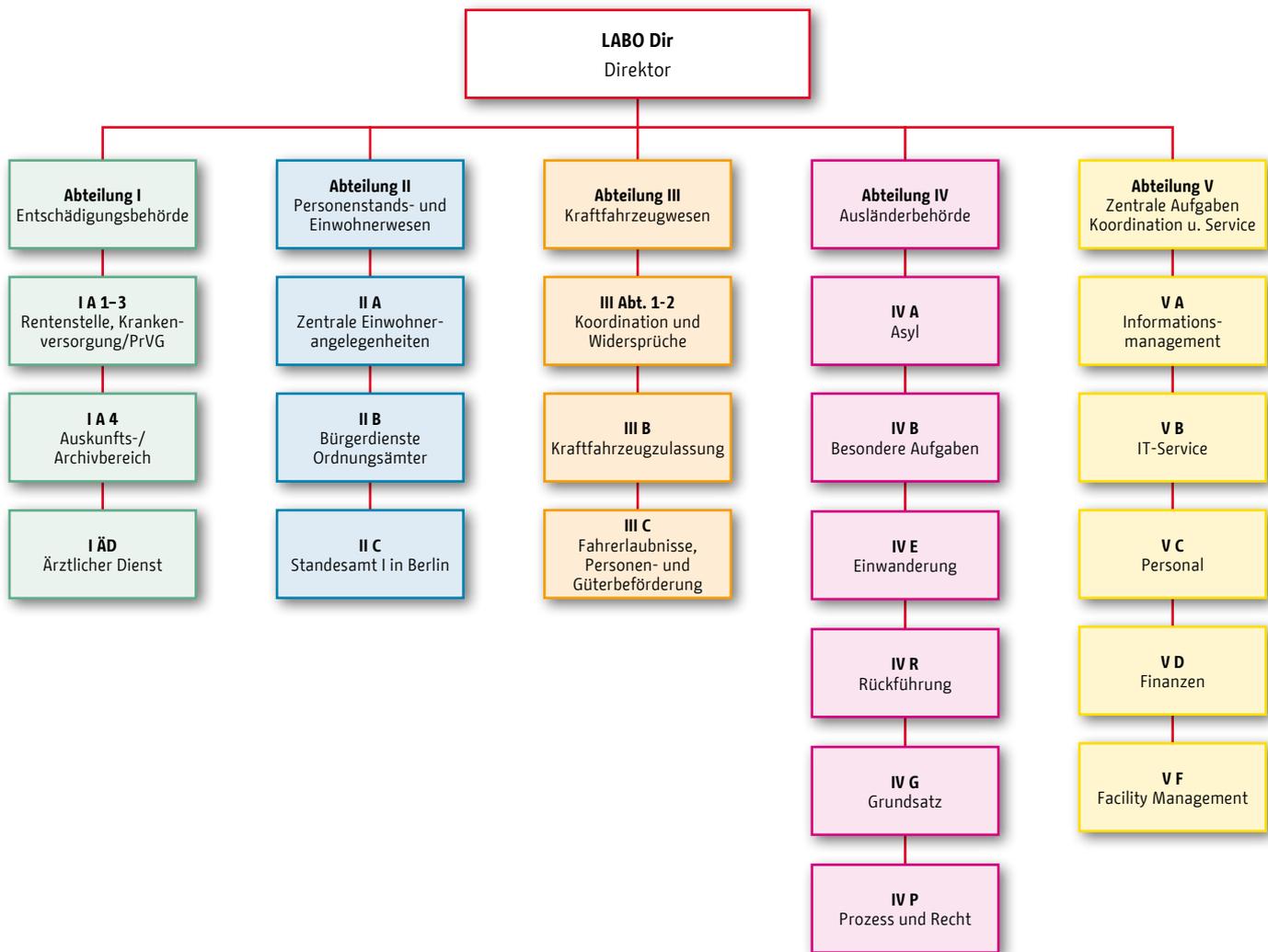
Dr. Erik Nils Voigt

Direktor des Landesamts  
für Bürger- und Ordnungs-  
angelegenheiten

# Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) im Überblick

Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) ist eine nachgeordnete Behörde der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Mit ca. 1.200 Beschäftigten und zehn verschiedenen Standorten ist das LABO eine der größten Behörden des Landes Berlin. In den Gebieten „Entschädigung von NS-Unrecht“, „Personenstands- und

Einwohnerwesen“, „Kraftfahrzeug-“ und „Ausländerwesen“ ist das LABO sowohl für die Erbringung von zahlreichen Dienstleistungen als auch die Wahrnehmung von wichtigen Ordnungsaufgaben zuständig. Auf den folgenden Seiten werden die einzelnen Abteilungen kurz vorgestellt.



## Kontakt

Dr. Erik Nils Voigt	Direktor	90269 1201	Direktor@labo.berlin.de
Bernd Lehmann	Leiter Abt. I	90269 5101	Bernd.Lehmann@labo.berlin.de
Claudia Schütz	Leiterin Abt. II	90269 2222	Claudia.Schuetz@labo.berlin.de
Ulrike Frey	Leiterin Abt. III	90269 2301	Ulrike.Frey@labo.berlin.de
Engelhard Mazanke	Leiter Abt. IV	90269 4003	Mazanke@labo.berlin.de
Guido Schötz	Leiter Abt. V	90269 1210	Guido.Schoetz@labo.berlin.de

## Die Abteilung I – Entschädigungsbehörde – im Überblick

Während der Zeit des Nationalsozialismus ist vielen Menschen, die durch das Nazi-Regime aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen verfolgt wurden, unglaubliches Leid zugefügt worden. Um Verantwortung für dieses Unrecht zu übernehmen, wurden mit dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) 1953 und dem nur in Berlin geltenden Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus (PrVG) 1956 gesetzliche Grundlagen geschaffen, um den Opfern bzw. ihren Hinterbliebenen zumindest eine finanzielle Entschädigung zukommen zu lassen.

Die Abteilung I ist als Entschädigungsbehörde dafür verantwortlich, diese Gesetze umzusetzen und sicherzustellen, dass die Berechtigten des BEG und PrVG die in den Gesetzen vorgesehenen Leistungen bei Antragstellung auch erhalten. Je nach Gesetz stehen den Berechtigten unterschiedliche Leistungen zu. Neben laufenden monatlichen Rentenzahlungen haben die Berechtigten beider Gesetze insbesondere auch Anspruch auf die Übernahme (bestimmter) Heilverfahren (z. B. medizinische Leistungen, Kuren). Die Mitarbeitenden der Entschädigungsbehörde prüfen die Anträge auf die unterschiedlichen Leistungen und veranlassen deren Auszahlung. Im Bereich des PrVG gibt es jedes Jahr auch weiterhin einige Erstanträge, bei denen

zunächst äußerst sensibel ermittelt werden muss, ob die Personen tatsächlich Berechtigte im Sinne des Gesetzes sind (Anerkennungsverfahren).

Bei der Erledigung ihrer Aufgaben bemüht sich die Abteilung nicht nur darum, dass alle Anträge möglichst schnell bearbeitet werden, sondern immer auch darum, die Leistungsempfängerinnen und -empfänger bei sonstigen Anliegen bestmöglich zu unterstützen.

Darüber hinaus engagiert sich die Abteilung auch für eine aktive Erinnerungskultur. Für jede Person, die bei der Berliner Entschädigungsbehörde Leistungen beantragt hat, gibt es eine personenbezogene Akte. Die insgesamt ca. 250.000 Akten – was ca. sechs Kilometer Akten entspricht – werden in einem eigenen Archiv verwaltet. Die in den Akten enthaltenen Unterlagen – insbesondere zu den Anerkennungsverfahren – offenbaren die Schicksale der ehemals verfolgten Menschen und stellen wertvolle historische Quellen dar. Um einen Beitrag zur aktiven Erinnerungskultur zu leisten, sieht es die Berliner Entschädigungsbehörde auch als ihre Aufgabe, dieses Archiv im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen zugänglich zu machen und Interessierte – wie z. B. Nachfahren, Studierende, Schulklassen oder Historikerinnen und Historiker – bei Recherchen zu unterstützen.

## Die Abteilung II – Personenstands- und Einwohnerwesen – im Überblick

Die Abteilung II des LABO – Personenstands- und Einwohnerwesen – ist die vielleicht heterogenste Abteilung des LABO. Die drei Referate erbringen nicht nur unterschiedlichste Dienst- und Serviceleistungen in den Gebieten, die sich in der Abteilungsbezeichnung widerspiegeln, sondern nehmen auch eine Vielzahl weiterer Aufgaben wahr (wie z. B. die Verfahrensverantwortung für in den bezirklichen Ordnungsämtern eingesetzte Fachverfahren und das Glücksspielwesen sowie die Umsetzung des Geldwäschegesetzes).

Allein im Referat „Zentrale Einwohnerangelegenheiten“ ist eine große Bandbreite an Aufgaben verortet. Zum einen nimmt das

Referat die Zuständigkeit für zentrale Meldeangelegenheiten sowie pass- und ausweisrechtliche Sonderangelegenheiten wahr. Dazu zählt die Gewährleistung der Aktualität des Melderegisters durch die Erfassung eingehender Änderungen, die Erteilung von Auskünften, das Einrichten von Auskunftssperren sowie bspw. die Erteilung von vorläufigen Ausweispapieren für wohnungslose Berlinerinnen und Berliner. Zum anderen liegt im Referat auch die Verantwortung für diverse Aufgaben im Bereich des Glücksspielwesens sowie im Bereich nicht-verkehrsrechtlicher Ordnungswidrigkeiten. Hierzu gehören u. a. die Genehmigung und Kontrolle von Lot-

toannahmestellen, Wettvermittlungsstellen, Tombolen und Pokerveranstaltungen außerhalb von Spielbanken, das Vorgehen gegen illegales Glücksspiel sowie die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Geldwäschegesetz. Darüber hinaus ist das Referat auch Anlaufstelle für die Beratung zu und Abnahme von Verpflichtungserklärungen im Kontext von Besuchsaufenthalten visapflichtiger ausländischer Staatsangehöriger sowie für die Erstellung von Beglaubigungen (insbesondere Apostillen).

Im Referat „Bürgerdienste/Ordnungsämter“ wird die zentrale Fachverfahrensverantwortung für die Fachverfahren im Einwohner- und Personenstandswesen und den Ordnungsämtern wahrgenommen. Dazu gehört die Einführung, Weiterentwicklung und der Betrieb der Fachverfahren in den Dienststellen des Landes Berlin. Darüber hinaus stellt das Referat II B über ein Online-Portal stark frequentierte Online-Dienstleistungen bundes- und landesweit sowohl für die Verwaltung als auch für Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung. Im Bereich der Sicherheit fungiert dieses Online-Portal im 24-Stundenbetrieb als zentrale Stelle für die Anfragen sämtlicher bundes- und landesweiten Sicherheitsbehörden. Weiterhin werden Möglichkeiten zur Online-Beantragung einer Urkunde bei den Berliner Standesämtern sowie dem Standesamt I in Berlin und für die Ordnungsämter die App „Ordnungsamt-Online“ bereitgestellt. Ein Schwerpunkt im Bereich der Ordnungsämter ist außerdem die Bereitstellung der mobilen Datenerfassungsgeräte (MDE-Geräte) für

die Dienstkräfte der Parkraumbewirtschaftung und den allgemeinen Ordnungsdienst (AOD). Hier wurde im Jahr 2018 begonnen, die bisherigen Geräte durch moderne, robuste Smartphone-Technologie zu ersetzen. Der reibungslose Betrieb der MDE-Geräte ist berlinweit von großer Bedeutung, weil bei jedem Ausfall keine Ordnungswidrigkeiten mehr geahndet werden können und darüber hinaus Einnahmeverluste für das Land Berlin entstehen. Angesichts der geplanten Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf den gesamten Innenraum des S-Bahn-Rings ist die Bereitstellung dieser Technik von großer Bedeutung.

Das „Standesamt I in Berlin“ als drittes Referat der Abteilung II fungiert als einziges Auslands- und Ersatzstandesamt der Bundesrepublik Deutschland. In dieser Rolle ist es insbesondere zuständig für die Beurkundung von im Ausland erfolgten Personenstandsfällen (Geburt, Eheschließung, Lebenspartnerschaft, Sterbefall) sowie die Bearbeitung von Namensklärungen und Ehefähigkeitszeugnissen für Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die noch nie im Inland wohnhaft waren. Neben den eigenen Unterlagen führt das Standesamt I in Berlin unter anderem die früheren Konsularregister, die Register- und Urkundensammlung für die ehemaligen deutschen Gebiete sowie eine Sammlung amtsgerichtlicher Todeserklärungs- und Todeszeitfeststellungsbeschlüsse. Aus den umfangreichen Unterlagen stellt das Standesamt I in Berlin Urkunden und Bescheinigungen aus.

---

### **Die Abteilung III – Kraftfahrzeugwesen – im Überblick**

Um die Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, gibt es in Deutschland vielfältige gesetzliche Regelungen für die Teilnahme am Straßenverkehr. Die Abteilung Kraftfahrzeugwesen des LABO ist mit ihren drei Bereichen „Kraftfahrzeugzulassung“, „Fahrerlaubnisse“ sowie „Personen- und Güterbeförderung“ für die Umsetzung vieler dieser Regelungen in Berlin zuständig.

Die Berliner Kraftfahrzeugzulassungsbehörde an den Standorten Jüterboger Str. (Kreuzberg) und Ferdinand-Schultze-Str. (Lich-

tenberg) ist Anlaufstelle für die Zulassung, Abmeldung und Ummeldung von Kraftfahrzeugen sowie sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit Kraftfahrzeugen, wie z. B. das Ausstellen von Feinstaubplaketten oder die Erteilung von Halterauskünften. Neben der Erbringung von Dienstleistungen fällt auch die Überwachung der Halterpflichten in die Zuständigkeit dieses Bereichs. Sollte die Zulassungsstelle Verletzungen dieser Pflichten (Fehlen eines ausreichenden Versicherungsschutzes, Mängel an der Vorschriftsmä-

ßigkeit des Fahrzeugs, etc.) feststellen oder durch Dritte – wie z. B. die Polizei – darüber informiert werden, verfolgt sie deren Behebung und muss ggf. Maßnahmen initiieren.

Im Bereich „Fahrerlaubnisse“ werden alle Anträge insbesondere für die „Ersterteilung“ und „Erweiterung von Fahrerlaubnissen“, das „Begleitete Fahren ab 17“, die „Umschreibung von ausländischen Führerscheinen“ sowie die „Erteilung von sogenannten Personenbeförderungsscheinen“ bearbeitet. Gleichzeitig ist der Bereich „Fahrerlaubnisse“ auch für das Prüfen und Einleiten von Schritten – wie z. B. dem Fahrerlaubnisentzug – gegen Personen verantwortlich, die bspw. zu viele Punkte im Fahreignungsregister angesammelt haben oder wegen Drogen bzw. Alkohol am Steuer auffällig geworden sind.

Der Bereich „Personen- und Güterbeförderung“ ist dafür zuständig, Anträge auf Konzessionen (Genehmigungen) für den Betrieb von Unternehmen, die am Straßenverkehr teilnehmen wollen (Taxen, Krankenwagen, Gütertransportunternehmen, Linien- und

Gelegenheitsverkehrs anbietende etc.), entgegenzunehmen, zu bearbeiten und – sofern die teils umfangreichen Voraussetzungen erfüllt sind – befristet zu genehmigen. Auch die regelmäßige Kontrolle von Konzessionsinhaberinnen und -inhabern wird durch den Bereich wahrgenommen. Hier stellen neue Mobilitätsformen wie z. B. Car-Sharing, Taxidienste (UBER, BerlKönig etc.) neue Herausforderungen bei den Genehmigungs- und Überwachungsprozessen dar.

Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben verfolgt die Abteilung Kraftfahrzeugwesen das Ziel, die Voraussetzungen für die Erbringung der unterschiedlichen Dienstleistungen klar zu kommunizieren, transparente Entscheidungen zu treffen und die Geschäftsprozesse im Sinne der Kundinnen und Kunden sowie des Verwaltungsaufwandes möglichst schlank zu gestalten. Gleichzeitig gilt es in allen Bereichen – trotz hoher Nachfrage der Dienstleistungen – die ebenso wichtige Wahrnehmung der ordnungsbehördlichen und Kontrollaufgaben sicherzustellen.

---

## Abteilung IV – Ausländerbehörde – im Überblick

Als interkulturelle Metropole, die Menschen aus der ganzen Welt anzieht, ist Berlin die beliebteste Einwanderungsstadt im begehrtesten Einwanderungsland Europas. Unabhängig davon, weshalb die Menschen in der deutschen Hauptstadt leben möchten, benötigen Drittstaatsangehörige (Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger) gemäß bundesgesetzlicher Vorgaben dazu grundsätzlich eine entsprechende Erlaubnis (z. B. Visum, Aufenthaltserlaubnis, etc.). Die Abteilung IV – die Berliner Ausländerbehörde – ist als Servicebehörde Berlins für alle Aufenthaltsfragen zuständig. Das bedeutet, es wird über den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in Berlin bzw. dessen Beendigung entschieden und ggf. notwendige Maßnahmen eingeleitet. Damit leistet die Ausländerbehörde einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung humanitärer Verpflichtungen sowie zur Einwanderung auf Grundlage langfristiger demografischer und wirtschaftlicher Interessen Deutschlands.

Die vielfältigen Aufgaben der sechs Referate der Ausländerbehörde („Asyl“, „Besondere Aufgaben“, „Einwanderung“, „Rückführung“, „Grundsatz“ sowie „Prozess und Recht“) reichen von der Kooperation in Visaverfahren, über die Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln – z. B. für ein Studium, die Ausbildung, eine Erwerbstätigkeit, aus familiären oder humanitären Gründen – bis zum besonderen Service für Unternehmen aber auch der Rückführung ausreisepflichtiger Staatsangehöriger oder der Kooperation mit den Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus. Mit derzeit rund 430 Beschäftigten und ca. 400.000 Vorsprachen pro Jahr ist die Berliner Ausländerbehörde die größte Ausländerbehörde Deutschlands. Sie verantwortet ca. jede achte ausländerbehördliche Entscheidung in der Bundesrepublik und wächst kontinuierlich weiter.

Die zahlreichen Kundinnen und Kunden werden an den unterschiedlichen Standorten der

Ausländerbehörde in Berlin-Moabit und Berlin-Charlottenburg bedient. Jeder Standort ist für bestimmte Angelegenheiten des Aufenthaltsrechts zuständig. An allen Standorten berät die Ausländerbehörde ihre Kundinnen und Kunden aktiv mit dem Ziel, deren Rechtsstatus schnellstmöglich zu klären und die daraus folgenden Maßnahmen zu ergreifen. Insgesamt versteht sich die Berliner Ausländerbehörde als Servicebehörde und lernende Organisation. Vor diesem Hintergrund wer-

den Geschäftsprozesse, Service, Informationsangebote und Leitsystem fortlaufend überprüft und wenn nötig geändert. Dazu wird auch der kritische Blick anderer Behörden und von Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft erbeten und genutzt. Durch diesen kontinuierlichen Weiterentwicklungsprozess ist die Ausländerbehörde in vielen Feldern ein Vorbild für andere Behörden und ein geschätzter Gesprächspartner der Zivilgesellschaft.

---

## **Die Abteilung V – Zentrale Aufgaben – Koordination und Service im Überblick**

Die Abteilung V „Zentrale Aufgaben – Koordination und Service“ sorgt als interner Dienstleister dafür, dass die Organisationseinheiten des LABO möglichst gute Rahmenbedingungen für ihre tägliche Arbeit haben. Somit leistet die Abteilung einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren des Dienstbetriebs innerhalb der Behörde. Die Abteilung V setzt sich aus den nachfolgenden fünf Referaten zusammen: „Informationsmanagement“, „IT-Service“, „Personal“, „Finanzen“ und „Facility Management“.

Das Aufgabenspektrum der Abteilung und ihrer Referate ist äußerst vielfältig. Das Referat „Informationsmanagement“ nimmt als zentrale Anlaufstelle Aufträge und Störungen jeglicher Art aus der gesamten Behörde entgegen und veranlasst deren Bearbeitung innerhalb der Abteilung V. Darüber hinaus hat das Referat die zentrale Verantwortung für das IT-Management, den Internetauftritt und das Beschäftigtenportal des LABO sowie die Verträge mit dem IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) des Landes Berlin.

Der „IT-Service“ stellt sicher, dass alle Beschäftigten des LABO auf eine funktionsfähige, zeitgemäße IT-Infrastruktur zugreifen können. Unter anderem ist der IT-Service dafür verantwortlich, dass die Nutzenden über die jeweils notwendigen Programme und Rechte verfügen. Außerdem sorgt das Referat dafür, dass die IT-Infrastruktur gegen Schadsoftware und Angriffe gewappnet ist, ausreichende Kapazitäten auf den zentralen Komponenten zur Verfügung stehen sowie, dass die Datensicherheit durch geeignete

Backup-Prozesse gewährleistet wird.

Das Referat „Personal“ ist sowohl für die Einstellung neuen Personals als auch die Verwaltung bzw. das Management der vorhandenen Mitarbeitenden zuständig. In diesem Zusammenhang sind auch die Themengebiete Aus- und Fortbildung, Personalentwicklung, Gesundheitsmanagement, Wissenstransfer und Arbeitsschutz in diesem Bereich angesiedelt.

Der „Finanzbereich“ führt und überwacht den Haushaltsplan des LABO. Außerdem fallen u. a. das interne Controlling, die Beschaffung bzw. der Einkauf aller für den Dienstbetrieb notwendigen Sachmittel sowie das Abschließen von Verträgen in die Zuständigkeit dieses Bereiches.

Der Bereich „Facility Management“ trägt Verantwortung, dass die Abteilungen des LABO über die notwendigen und ausreichenden Büroflächen verfügen und diese den baulichen Anforderungen entsprechen. Des Weiteren ist dieses Referat u. a. auch für die Organisation des Brand- und Katastrophenschutzes sowie die behördeninterne Postverteilung verantwortlich.

Um die bestmögliche Arbeitsfähigkeit der Organisationseinheiten des LABO sicherzustellen, werden alle anfallenden Aufträge und Aufgaben – unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen – stets schnellst- und bestmöglich umgesetzt. Zu diesem Zweck überprüft die Abteilung kontinuierlich, ob eine Anpassung ihrer internen Prozesse notwendig ist.

# Aktuelles aus dem Geschäftsjahr





## ■ Abteilung I

### **Auszahlung der Leistungen und Umsetzung der Rentenerhöhung nach dem PrVG**

Für die unterschiedlichen Leistungen erbrachte die Berliner Entschädigungsbehörde im Jahr 2018 insgesamt ca. 27,5 Millionen Euro an die durch sie betreuten ca. 2.300 Berechtigten nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und dem Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus (PrVG). Um den steigenden Lebenshaltungskosten zu entsprechen, wer-

den die Leistungen nach dem PrVG und BEG regelmäßig angepasst. Mit der 29. Verordnung über die Neufestsetzung der Leistungen nach Teil II des PrVG wurden die Leistungen und Freibeträge des PrVG zum 1. Juli 2018 um 3,22 % erhöht. Der Entschädigungsbehörde ist es gelungen, diese Anpassung zeitnah im Geschäftsjahr 2018 umzusetzen, die Rentenbescheide anzupassen und daraus resultierende Nachzahlungen anzuweisen.

### **Beitrag zur Erinnerungskultur – Ausstellung zur Polenaktion**

Auch das Archiv der Entschädigungsbehörde wurde 2018 wieder stark frequentiert, insgesamt wurden ca. 4.100 Akten zur Einsicht bereitgestellt. Bereits im Jahr 2017 begonnene vorbereitende Recherchen im Archiv der Entschädigungsbehörde mündeten im Jahr 2018 in der Ausstellung „Ausgewiesen! Berlin, 28.10.1938“, die ab dem 8. Juli 2018 im Centrum Judaicum der Stiftung Neue Sy-

nagoge Berlin stattfand. In der Ausstellung wurde exemplarisch die Geschichte von sechs Berliner Familien dargestellt, die im Rahmen der Polenaktion aus Berlin abgeschoben wurden. Die Entschädigungsbehörde konnte bei der Recherche dieser Schicksale unterstützen und hat so zur erfolgreichen Realisierung der Ausstellung und Aufrechterhaltung der Erinnerungskultur beigetragen.





## ■ Abteilung II

### Reduzierung des Bearbeitungsrückstaus im Standesamt I in Berlin

Aufgrund der hohen Zahl eingehender Anträge auf die Beurkundung von Auslandspersonenstandsfällen (z. B. im Ausland erfolgte Geburten oder Eheschließungen) und Abgabe von Namenserklärungen, ist beim Standesamt I in Berlin im Laufe der letzten Jahre ein substantieller Bearbeitungsrückstau entstanden. Ende Dezember 2017 lagen bspw. ca. 25.000 offene Anträge auf die Nachbeurkundung von im Ausland erfolgten Geburten vor, was zur Folge hatte, dass die antragstellenden Eltern durchschnittlich fast drei Jahre auf die Ausstellung ihrer deutschen Urkunden warten mussten.

Mit dem Zweiten Personenstandsrechtsänderungsgesetz, welches in seinen wesentlichen Teilen zum 1. November 2017 in Kraft getreten ist, wurde die Zuständigkeit für die Nachbeurkundung von Auslandspersonenstandsfällen neu geregelt. Das Standesamt I in Berlin ist jetzt nur noch für Anträge von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit zuständig, die niemals einen Wohnsitz in Deutschland hatten, und nicht mehr – wie bisher – für alle Deutschen ohne Inlandswohnsitz. Dadurch ist die Zahl der eingehen-

den Anträge im letzten Jahr stark gesunken, z. B. bzgl. der Nachbeurkundung von Geburten von 8.379 im Jahr 2017 auf 3.537 im Jahr 2018. Dank dieser Entwicklung ist es möglich gewesen, den Rückstau bei der Nachbeurkundung von Geburten im Jahr 2018 um ca. 3.500 Anträge zu reduzieren und die durchschnittliche Wartezeit zu verkürzen.

Ziel für die kommenden Jahre ist es, den Rückstau und die damit einhergehenden Wartezeiten kontinuierlich weiter zu reduzieren. Der diesbezügliche Fortschritt wird einerseits von den zur Verfügung stehenden Ressourcen abhängen. Andererseits jedoch auch davon, inwieweit die zunehmend relevant werdende Antragspflicht für im Ausland geborene Kinder von deutschen Eltern, die nach dem 31.12.1999 im Ausland geboren wurden und dort ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort haben, zu einer erneuten Zunahme der Anträge führen wird. Diese Zunahme wird erwartet, da der betreffende Personenkreis jetzt in dem Alter ist bzw. in das Alter kommt, in dem regelmäßig Entscheidungen über die Familienplanung getroffen werden.

## **Ermöglichung der Online-Beantragung von Bewohnerparkausweisen**

Seit dem 01.04.2018 stellt das Referat „Bürgerdienste/Ordnungsämter“ des LABO berlinweit ein Onlineverfahren für die Beantragung von Bewohnerparkausweisen zur Verfügung. Bürgerinnen und Bürger mit Anspruch auf eine Anwohnergeldbescheinigung haben nun jederzeit die Möglichkeit, eine entsprechende Vignette über das Internet und einen Zugang zum Service-Konto Berlin online zu beantragen und auch online zu bezahlen. Die entsprechenden Anträge werden durch eine elektronische Postbox an das jeweils zuständige Bezirksamt weitergeleitet, welches sich dann um die Ausstellung und den postalischen Versand der Vignetten kümmert.

Zur Einführung des Onlineverfahrens hat das LABO – als die für diese IT-Verfahrens-

entwicklung verantwortliche Stelle – in den vergangenen Jahren eng mit den betroffenen Bezirken, Senatsverwaltungen sowie dem Verfahrenshersteller zusammengearbeitet. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass das neue Verfahren gut angenommen wird. Im Laufe des Jahres 2018 wurden insgesamt 13.645 Bewohnerparkausweise über das Internet beantragt. Mit der erfolgreichen Einführung dieses Verfahrens wurde durch das LABO erneut ein wichtiger Beitrag zur schrittweisen Digitalisierung der Berliner Verwaltung geleistet. Trotz des funktionierenden Verfahrens muss jedoch das Ziel sein, zukünftig einen vollkommen medienbruchfreien Prozess zu gestalten.

## **Einführung der digitalen Vorgangsbearbeitung bei Urkundenanforderungen (Urkundenbox)**

Pro Jahr gehen beim Standesamt I in Berlin ca. 10.000 Urkundenbestellungen zu bereits beurkundeten Personenstandsfällen (Geburten, Eheschließungen, Lebenspartnerschaften, Todesfällen) ein. Ungefähr 80 bis 90 % dieser Bestellungen werden digital über die Internetseite des Standesamts I in Berlin übermittelt. Bisher wurden diese Bestellungen nach Eingang ausgedruckt und in Papierform weiterbearbeitet. Mitte des Jahres 2018 wurde in der Online-Datenbank des Standesamtes I (ODiS I) ein neues Tool eingeführt, welches es ermöglicht, die per E-Mail einge-

henden Bestellungen nun ins System einzuspeisen, automatisiert mit der Datenbank abzugleichen und anschließend digital weiter zu bearbeiten. Die Einführung dieser digitalen Vorgangsbearbeitung hat sich, obwohl noch einige Anpassungen nötig sind, schon jetzt bewährt. Zu den Vorteilen gehört u. a., dass die Bestellerinnen und Besteller jetzt eine automatische Eingangsbestätigung erhalten, der aktuelle Stand von Bestellungen jederzeit zentral von allen Mitarbeitenden abgefragt werden kann sowie, dass eine digitale Vorgangsbearbeitung erfolgt.

## **Herausforderungen bei der Erfüllung der Ordnungsaufgaben im Glücksspielwesen**

Der Bereich „Zentrale Einwohnerangelegenheiten“ der Abteilung II des LABO ist u. a. für die Wahrnehmung zahlreicher Ordnungsaufgaben im Zusammenhang mit Glücksspielwesen verantwortlich. Dazu zählen insbesondere die Genehmigung und Kontrolle von Lottoannahmestellen, Wettvermittlungsstellen, Tombolen und Pokerveranstaltungen außerhalb von Spielbanken sowie das Vorgehen gegen illegales Glücksspiel und die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Geldwäschegesetz (GwG).

Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts von Ende 2017 zum Verbot von Online-Glücksspielen ist es nunmehr möglich und zur Verhinderung von Vollstre-

ckungsdefiziten notwendig, verstärkt gegen illegales Online-Glücksspiel, die Werbung dafür sowie materiell illegale Wettvermittlungsstellen vorzugehen.

Durch die Novellierung des Geldwäschegesetzes vom 01.07.2017 wurde darüber hinaus u. a. der Kreis derjenigen, die nach dem Gesetz verpflichtet sind, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen (z. B. Benennung von Beauftragten für Geldwäsche), auf Wettvermittlungsstellen erweitert. Für das LABO als zuständige Aufsichtsbehörde bedeutet das bei schätzungsweise ca. 400 Wettvermittlungsstellen in Berlin, die kontrolliert werden müssen, einen substantiellen Aufgabenzuwachs, der diesen Bereich vor große Herausforderungen stellt.

## **Einführung eines neuen Fachverfahrensmoduls zur Durchführung der Wahl von Schöffinnen und Schöffen**

Im Jahr 2018 fanden in Berlin die Wahlen von Schöffinnen und Schöffen für die Wahlperiode 2019-2023 statt. Für die Abwicklung der Wahlen und die damit verbundenen Aufgaben wurde im Jahr 2018 erstmals das Fachverfahrensmodul ERS (Ehrenamtliche Richter und Schöffen) eingesetzt.

Um die erfolgreiche Durchführung des Gesamtverfahrens sicherzustellen, hat das LABO eng mit den bezirklichen Wahl- und Jugendämtern, den Amts-, Kammer- und Land-

gerichten sowie den Senatsverwaltungen für Justiz und Verbraucherschutz und Inneres und Sport zusammengearbeitet. Insbesondere die Migration der Daten aus dem alten Fachverfahren konnte dank der guten Zusammenarbeit aller beteiligten Akteurinnen und Akteure erfolgreich umgesetzt werden. Die Wahlen der Schöffinnen und Schöffen konnten somit erfolgreich und fristgerecht zum 01.01.2019 durchgeführt werden.





## ■ Abteilung III

### **Erfolgreiche Einführung des neuen Fachverfahrens im Zulassungswesen**

Bereits vor einigen Jahren zeichnete sich ab, dass die Berliner Kraftfahrzeugzulassungsstelle aus sicherheitstechnischen Gründen mittelfristig ein neues Fachverfahren benötigen wird. Nachdem im Frühjahr 2017 der Zuschlag für das neue Verfahren – VIATO Z – erteilt wurde, fanden noch im Laufe des Jahres 2017 umfangreiche Vorbereitungsarbeiten für dessen Einführung statt. Dadurch war es möglich, direkt zu Beginn des Jahres 2018 mit der Schulung aller Beschäftigten des Bereichs zu beginnen und das neue Fachverfahren nach Abschluss der Schulungen im März 2018 zeit- und budgetgerecht sowie ohne Unterbrechung in der Kundenbedienungs sehr erfolgreich einzuführen. Über die sicherheitstechnische Notwendigkeit hinaus, hat sich

die Einführung des neuen Verfahrens auch im Hinblick auf andere Aspekte bewährt. Die neuen Funktionalitäten erlauben es bspw. alle zulassungskritischen Aspekte direkt zu Beginn der Vorgangsbearbeitung durch das System prüfen zu lassen, wodurch spätere Vorgangsabbrüche verhindert werden können. Außerdem wurde mit der Einführung des neuen Verfahrens auch begonnen, die Digitalisierung von Vorgängen zu optimieren. Im Ergebnis gibt es im Bereich der Vorgangsbearbeitung grundsätzlich keine Papierakten mehr, womit eine gute Ausgangsposition für eine zeitnahe Einführung der digitalen Akte geschaffen wurde.

### **Umfangreiche Maßnahmen zur Reduzierung der Wartezeiten bei der Kraftfahrzeugzulassungsstelle**

Eine Kombination unterschiedlicher Faktoren (u. a. hohe Personalfuktuation, hohe Krankenstände, Umstellung auf das neue Fachverfahren inkl. Schulung aller Beschäftigten,

Missbrauch von Onlineterminen) führte im Jahr 2018 erneut zu sehr langen und inakzeptablen Warte- und Bearbeitungszeiten an den beiden Standorten der Berliner Kraft-

fahrzeugzulassungsstelle. Um der Situation möglichst rasch entgegen zu wirken, wurde in enger Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und den Beschäftigtenvertretungen des LABO ein Bündel von unterschiedlichen Maßnahmen ergriffen: Permanente Nachbesetzung freiwerdender Stellen, Verstärkung des Personalbestands durch insgesamt ca. 60 zunächst befristet eingestellte Beschäftigte, konzertierte Aktionen zum Abbau des Bearbeitungsrückstaus am sogenannten Händelschalter – u. a. durch freiwillige Mehrarbeit von bis zu 40 Beschäftigten an vier Samstagen –, sowie Anpassungen bei der Vergabe von Onlineterminen. Mittels der ergriffenen Maßnahmen konnten die Warte- und Bearbeitungszeiten bis Mitte September auf 0-2 Tage reduziert werden.

Um auf die Verhinderung eines erneuten Anstiegs der Wartezeiten hinzuwirken, wurden direkt nach der Bewältigung der akuten Situation weitere Maßnahmen initiiert, u. a.:

- ▶ Aufbau eines Schulungssachgebiets zur besseren Einarbeitung und damit Bindung der neuen Beschäftigten sowie zur Qualitätssicherung,
- ▶ Untersuchung der internen Geschäftsprozesse, um die Prozesse und Strukturen zu optimieren und so insbesondere auch die Beschäftigtenzufriedenheit zu verbessern.

Für die nachhaltige Vorbeugung einer erneuten Krise sowie die ausreichende Gewährleistung der anderen – insbesondere ordnungsbehördlichen – Aufgaben der Zulassungsbehörde wurde im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2020/2021 darauf hingewirkt, dass die befristeten Stellen verstetigt werden und auch Personalressourcen für eine Reduzierung der Führungsspannen zur Verfügung gestellt werden. Letzteres ist auch deshalb notwendig, um die Arbeitsbedingungen der Führungskräfte und Mitarbeitenden zu verbessern.

## Weiterer Anstieg der Onlineanträge auf Fahrerlaubnis

Auch wenn Anträge auf die Ersterteilung oder Erweiterung einer Fahrerlaubnis sowie auf das „Begleitete Fahren ab 17“ vorrangig in allen Berliner Bürgerämtern zu stellen sind, müssen alle Anträge zur abschließenden Bearbeitung an das LABO als Fahrerlaubnisbehörde weitergeleitet werden. Aktuell geschieht dies in Papierform, obwohl die Daten für das Fachverfahren digital erfasst werden müssen. Um diesen Prozess zu optimieren, hat das LABO in den letzten Jahren ein Onlineportal entwickelt, welches es teilnehmenden Fahrschulen ermöglicht, die Anträge ihrer Fahrschülerinnen und Fahrschüler direkt und digital an das LABO zu übermitteln. Dies hat den Vorteil, dass keine Vorsprache im Bürgeramt erforderlich wird und dass die Daten aus der Plattform direkt im Fachverfahren des LABO genutzt werden können, wodurch die Anträge schneller bearbeitet werden können. Im Jahr 2018 ist es gelungen, die Zahl der

teilnehmenden Fahrschulen von 121 auf 159 zu erhöhen, sodass 21.536 von insgesamt 53.986 Anträgen der Erteilungsarten „Ersterteilung“, „Erweiterung“ und „Begleitetes Fahren mit 17“ digital abgewickelt werden konnten. Insbesondere auch im Hinblick auf die kontinuierlich steigenden Antragszahlen verfolgt der Bereich Fahrerlaubnisse eine weitere Optimierung des Prozesses. Idealerweise möchte das LABO den Bürgerinnen und Bürgern zukünftig ermöglichen, entsprechende Anträge direkt online zu stellen. Die Umsetzbarkeit dieser Option ist von der Schaffung entsprechender Authentifizierungsmöglichkeiten abhängig – z. B. im Rahmen des Service-Kontos Berlin –, auf die das LABO keinen direkten Einfluss hat. Alternativ soll mittelfristig versucht werden, dass zumindest auch die Bürgerämter die bei ihnen eingehenden Anträge in digitaler Form ans LABO übermitteln.

## **Verstärkte Kontrolle so genannter Fiskaltaxameter**

Um die Steuerehrlichkeit im Taxigewerbe zu erhöhen bzw. besser kontrollieren zu können, müssen alle Taxen seit dem 01.01.2017 über ein sogenanntes Fiskaltaxameter verfügen. Als Fiskaltaxameter werden solche Taxameter – elektronische Geräte zur Erfassung von Fahrpreisen in Taxen – bezeichnet, die die steuerlich relevanten Daten der erfolgten Fahrten vollständig, unveränderbar und maschinell auswertbar speichern. Insbesondere im Rahmen von Anträgen auf die Erteilung

bzw. Verlängerung von Taxikonzessionen wurde durch das LABO im Jahr 2018 detailliert geprüft, ob die Taxameter der geprüften Wagen diesen Anforderungen genügen. Gemeinsam mit der Finanzbehörde, welche ebenfalls Prüfungen durchführte, konnte so bis Ende 2018 erreicht werden, dass die Taxameter von rund 7.550 der insgesamt ca. 8.250 Taxen in Berlin überprüft wurden und nun den Anforderungen entsprechen.

## **Ermöglichung neuer Mobilitätsformen**

Entsprechend des Personenbeförderungsgesetzes benötigen alle Unternehmen, die Personen gegen Entgelt befördern wollen, grundsätzlich eine entsprechende Genehmigung. Der Bereich des LABO, der für die Prüfung entsprechender Anträge zuständig ist, hat in den vergangenen Jahren verstärkt Anträge auf die Genehmigung von Mobilitätsformen verzeichnet, die in dem Gesetz nicht explizit vorgesehen sind. In diesen Fällen sieht das Gesetz vor, dass zunächst ein maximal vier Jahre dauernder Erprobungsbetrieb genehmigt werden kann. Die Bewilligung eines entsprechenden Erprobungsbetriebs erfordert jedoch, dass öffentliche Verkehrsinteressen diesen neuen Mobilitätsformen nicht entgegenstehen. Deshalb müssen für

jeden konkreten Einzelfall die Auswirkungen auf die öffentlichen Verkehrsinteressen ermittelt werden, wozu mitunter umfangreiche Anhörungen der tangierten Akteurinnen und Akteure und Abstimmungen mit den zuständigen Verwaltungen nötig sind.

Auch im Jahr 2018 befasste sich das LABO wieder mit mehreren entsprechenden Anträgen. Im Fall des BerlKönigs – dem neuen Rufbus der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) – konnte nach einer intensiven Prüf- und Abstimmungsphase die Genehmigung für einen Erprobungsbetrieb erteilt werden. Somit wurde einer neuen Mobilitätsform für die Berlinerinnen und Berliner – zumindest für die kommenden vier Jahre – der Weg geebnet.





## ■ Abteilung IV

### Berlin wächst

Die Stadt Berlin verzeichnete 2018 einen Zuwachs von ca. 39.000 Menschen. Nach den Angaben des Landesamtes für Statistik erreichte die Stadt mit über 3,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern einen neuen Rekord. Lässt man die Geburten außen vor, dann handelt es sich bei diesem Zuwachs im Wesentlichen um Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Für viele dieser Neuberlinerinnen und Neuberliner ist die Ausländerbehörde die erste Adresse.

Im Jahr 2018 gab es insbesondere eine starke Steigerung bei der Anzahl der Stellungnahmen im Visumverfahren. Insgesamt gab die Ausländerbehörde 10.572 Stellungnahmen im Visumverfahren ab, was einer Steigerung von

16 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Mit der Neuregelung des Familiennachzuges zu subsidiär Schutzberechtigten am 01.08.2018 wurde die 2016 gesetzlich beschlossene Aussetzung des Familiennachzuges beendet. Das Einreisegesamgebiet hatte daher auf der Basis des Familiennachzugsneuordnungsgesetzes nun (wieder) über Anträge auf Familiennachzug zu diesem Personenkreis zu befinden. Hier hat die Ausländerbehörde durch organisatorische Maßnahmen in einem bundesweit beispielhaften Verfahren eine Spitzenposition aller Behörden in Deutschland eingenommen. So ist jeder siebte Familienangehörige eines subsidiär Schutzberechtigten, welcher nach Deutschland einreiste, nach Berlin gezogen.

### Die Erfolgsgeschichte des BIS setzt sich fort

Der inzwischen bundesweit als Vorbild dienende Business Immigration Service (BIS) der Ausländerbehörde im Ludwig-Erhard-Haus – eine zentrale Anlaufstelle zum Thema Einwanderung für Unternehmen und ausländische Fachkräfte – wird immer erfolgreicher. Inzwischen haben sich über 1.000 Firmen

beim BIS registriert, um die Antragsverfahren für ihre ausländischen Fachkräfte über diese zentrale Anlaufstelle abwickeln zu können. 2018 wurden im Ludwig-Erhard-Haus insgesamt 7.100 Anträge bearbeitet. Zunehmend bekunden auch Firmen, die weder Hochqualifizierte noch Fachkräfte beschäftigen,

ein starkes Interesse an der Nutzung dieses Services. Hier werden sich mit dem für 2019

erwarteten Fachkräfteeinwanderungsgesetz völlig neue Herausforderungen ergeben.

### Hohe Obsiegsquote in Verwaltungsstreitverfahren

Das Referat „Prozess und Recht“ (IV P) der Ausländerbehörde hat auch 2018 wieder eine sehr hohe Obsiegsquote vor den Verwaltungsgerichten erreicht. In der ersten Instanz vor dem Verwaltungsgericht Berlin betrug die Quote 96 % und in der zweiten Instanz vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg 93 % aller Verfahren. Auch fast alle vor dem Bundesverwaltungsgericht anhängi-

gen Verfahren wurden gewonnen. Insgesamt konnte sich das Referat, nachdem es personell verstärkt wurde, erfolgreich als Justizariat der Ausländerbehörde etablieren und steht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Führungskräften der Ausländerbehörde nun bei schwierigen Rechtsfragen und Einzelfällen beratend zur Seite.

### Verstärkte Wahrnehmung ordnungsbehördlicher Aufgaben

Mit dem Ziel der verstärkten Wahrnehmung der ordnungsbehördlichen Aufgaben der Ausländerbehörde und gleichzeitig der Entlastung der Regionalsachgebiete wurde im Referat „Besondere Aufgaben“ (IV B) im Frühjahr 2018 ein weiteres Sachgebiet eingerichtet, welches sich vorrangig mit der Prüfung der Ausweisung von Straftäterinnen und Straftä-

tern befasst. Dies ermöglichte es, die Zahl der versagenden Bescheide der Behörde im Vergleich zum Jahr 2017 mehr als zu verdoppeln. In dem gleichen Zeitraum wurden zudem 120 % mehr Ausweisungen bzw. Verlustfeststellungen des Freizügigkeitsrechts als im Vorjahr erlassen.

### Intensivierte Rückführung von straffällig gewordenen Ausländerinnen und Ausländern

Bei allen Bemühungen, gut integrierten Geduldeten eine Bleibperspektive zu eröffnen, bleibt es auch Aufgabe der Behörde, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und bzw. oder bei nicht ausreisewilligen – jedoch ausreisepflichtigen – Ausländerinnen und Ausländern die Ausreiseverpflichtung zwangsweise durchzusetzen (Abschiebung). Ein besonderer Fokus lag 2018 auf der Rückführung von Personen, die bereits erheblich

strafrechtlich in Erscheinung getreten sind. So konnte der Anteil der aus der Strafhaft zurückgeführten Ausländerinnen und Ausländer von ca. 11 % auf knapp 19 % an allen durchgeführten Abschiebungen des Landes Berlin gesteigert werden. Insbesondere auch im Hinblick auf den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Paradigmenwechsel in der Rückführungspolitik steht die Ausländerbehörde hier weiter im Fokus der Öffentlichkeit.

### Erfolgreiche Einarbeitung von Nachwuchskräften und neuen Beschäftigten

Zahlreiche Nachwuchskräfte der Senatsverwaltung für Inneres und Sport absolvierten 2018 eine Abordnungs- bzw. Praxisstation bei der Ausländerbehörde. Mit 40 Nachwuchskräften der gehobenen und höheren Funkti-

onsebene sowie 51 Auszubildenden konnten 54 % mehr Nachwuchskräfte als im Vorjahr für die Abteilung IV als Ausbildungsstation gewonnen werden. Zwölf Verwaltungsfachangestellte sowie fünf Regierungsinspek-

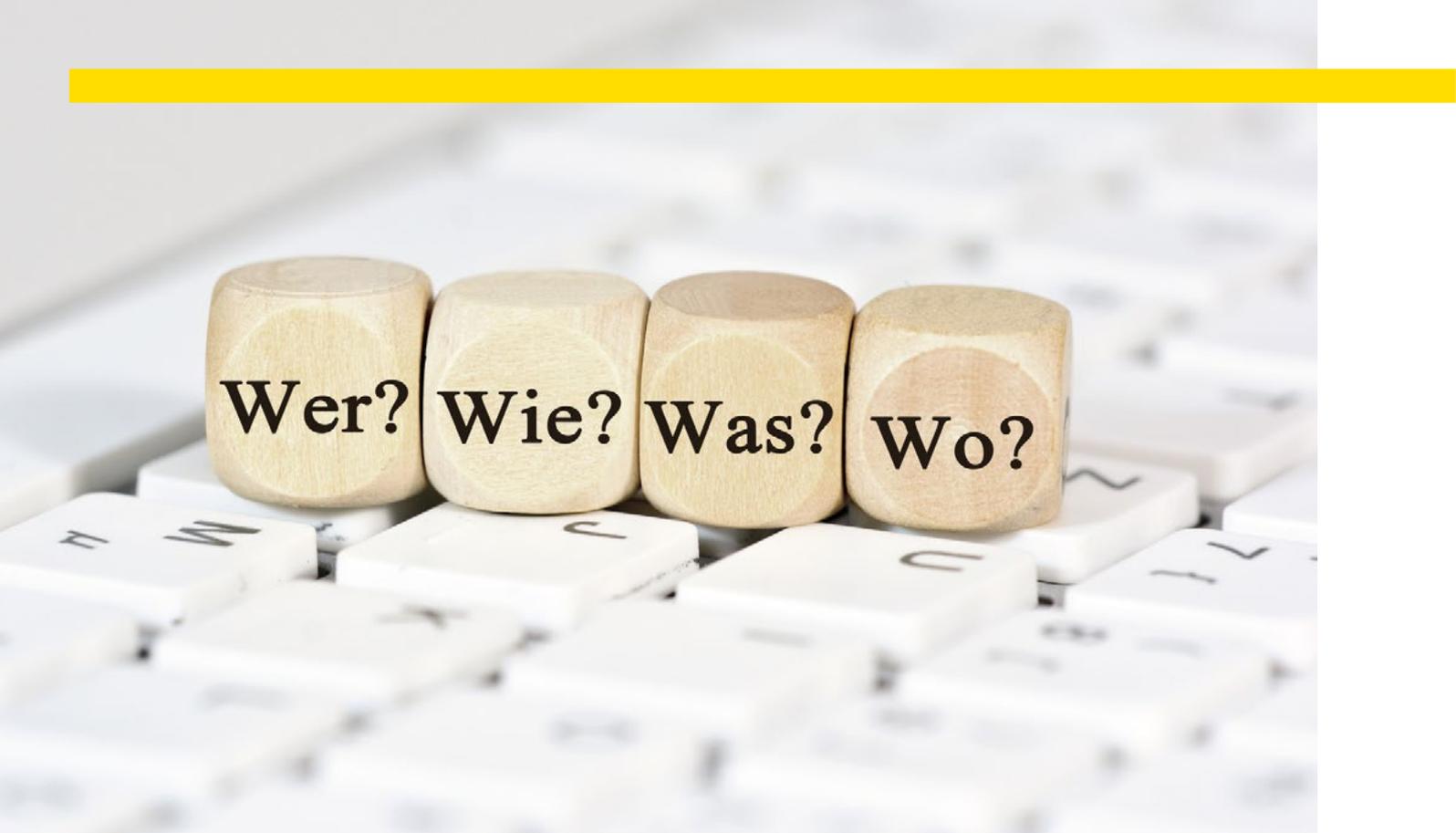
torinnen und Regierungsinspektoren konnten nach dem erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung bzw. Probezeit, in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich des LABO, in feste Beschäftigungsverhältnisse übernommen bzw. dauerhaft zur Ausländerbehörde versetzt werden. Hinzu kamen 42 neue Dienstkräfte, welche als Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger in verschiedenen Positionen eingestellt wurden.

### **Zukünftige Herausforderungen**

2019 steht die Behörde vor neuen Herausforderungen. Aufgrund des Ausscheidens Großbritanniens aus der Europäischen Union werden 18.000 hier lebende Britinnen und Briten ausländerbehördlich zu betreuen sein. Außerdem wird das Fachkräfteeinwanderungsgesetz dazu beitragen, dass Berlin auch weiterhin die beliebteste Stadt für Einwandernde im begehrtesten Einwanderungsland Europas bleiben wird. Dadurch wird die Nachfrage der durch die Ausländerbehörde angebotenen Dienstleistungen entsprechend hoch bleiben bzw. weiter ansteigen.

Dank des Einarbeitungs- und Fortbildungskonzepts der Ausländerbehörde konnten die Nachwuchskräfte und neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter binnen kürzester Zeit in den Dienstbetrieb integriert werden. Neben der Einarbeitung in den Sachgebieten wurden mehr als 100 interne Schulungen zu den verschiedensten aufenthaltsrechtlichen Themen durch das Team der Dozentinnen und Dozenten der Ausländerbehörde angeboten. Dies entspricht im Vergleich zu 2017 einer Steigerung von 59 %.



A photograph showing four light-colored wooden blocks arranged in a row on a white computer keyboard. Each block has a question written on it in black, sans-serif font: 'Wer?' (Who?), 'Wie?' (How?), 'Was?' (What?), and 'Wo?' (Where?). The keyboard keys are visible in the background, slightly out of focus.

## ■ LABOweite Themen

### Neue Wege bei der Personalrekrutierung und -bindung

Die Beschäftigten sind die wichtigste Ressource des LABO – ohne sie können die Abteilungen ihre vielfältigen Aufgaben nicht erfüllen. Aufgrund altersbedingter Weggänge, sonstiger Fluktuationen sowie der Bereitstellung dringend benötigter zusätzlicher Personalressourcen, hat das LABO regelmäßig zahlreiche Stellen zu besetzen. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Wettbewerbs um qualifiziertes Personal sowie der für das Durchführen von Stellenbesetzungsverfahren erforderlichen umfangreichen Ressourcen, stellt die Besetzung dieser Stellen zunehmend eine erhebliche Herausforderung dar. Im Jahr 2018 hat der Personalbereich des LABO daher vielfältige Maßnahmen bezüglich der Weiterentwicklung der Personalrekrutierung und -bindung ergriffen.

Um auf das LABO als Arbeitgeber aufmerksam zu machen und sich im Wettbewerb um qualifiziertes Personal zu behaupten, wurde im vergangenen Jahr u. a. damit begonnen, den Launch einer Karriererubrik für die Internetseite des LABO vorzubereiten, die Stellenausschreibungen ansprechender zu gestalten sowie bestimmte Stellenausschreibungen auf ergänzenden Karriereplattformen zu veröffentlichen, wel-

che nicht ausschließlich verwaltungsspezifische Stellenausschreibungen publizieren. Um potentielle Beschäftigte frühzeitig anzusprechen und an das LABO als Arbeitgeber zu binden, hat das LABO auch im Jahr 2018 wieder zahlreichen Nachwuchskräften des Landes Berlin (Auszubildenden, Beamtinnen und Beamten in der Probezeit, etc.) sowie Studierenden praktische Einsatzmöglichkeiten auf hohem Niveau zur Verfügung gestellt und geeigneten Nachwuchskräften teilweise direkt im Anschluss Beschäftigungsperspektiven angeboten.

Auch im Hinblick auf die Optimierung von Stellenbesetzungsverfahren wurden Maßnahmen ergriffen: Dem LABO ist es im vergangenen Jahr gelungen, das Bewerbungsmanagementsystem „rexx“ erfolgreich für alle Stellenausschreibungen einzuführen. Dieses System wird den Behörden des Landes Berlin zentral zur Verfügung gestellt und ermöglicht es, Bewerbungen nicht nur digital entgegen zu nehmen, sondern auch die kompletten Stellenbesetzungsverfahren nahezu medienbruchfrei digital abzuwickeln. Dies hat schon jetzt zu nennenswerten Effizienzsteigerungen, besseren Auswertungsmöglichkei-

ten sowie schnelleren Rückmeldungen für die Bewerberinnen und Bewerber geführt. Darüber hinaus wurde im Jahr 2018 in enger Absprache und konstruktiver Zusammenarbeit mit den Beschäftigtenvertretungen erstmals ein abteilungsübergreifendes Sammelbesetzungsverfahren für Stellen der Entgeltgruppe 6 TV-L im LABO durchgeführt. Im Rahmen dieses Verfahrens konnten insbesondere Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger – unabhängig von einer konkreten Stelle oder Abteilung – ihr Interesse für eine Tätigkeit im LABO bekunden. Aus den eingegangenen Bewerbungen konnten anschließend zahlreiche unterschiedliche Stellen effizient und schnell besetzt werden, wodurch sowohl die Bewerbenden als auch die Abteilungen des LABO profitierten.

Zur Bindung der vorhandenen Beschäftigten arbeitete der Personalbereich weiter intensiv daran, zusätzliche Angebote zur Weiterqua-

lifizierung und -entwicklung zu schaffen. Ein wesentlicher Erfolg des Jahres 2018 bestand u. a. darin, dass den Tarifbeschäftigten des LABO nunmehr unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit geboten wird, den Verwaltungslehrgang II (VL II) über das landeseigene Angebot hinaus auf Kosten des LABO bei einem externen Anbieter zu absolvieren. Der Lehrgang qualifiziert die Beschäftigten mit dem Abschluss als Verwaltungsfachwirtin bzw. Verwaltungsfachwirt für die Wahrnehmung höherwertiger Tätigkeiten und Aufgabengebiete.

Um wettbewerbsfähig zu sein, wird der Personalbereich nicht nur die erfolgreich eingeschlagene Vorgehensweise fortführen, sondern diese kontinuierlich weiterentwickeln und ergänzen. Im Jahr 2019 soll unter anderem das On- und Offboarding von Beschäftigten verstärkt thematisiert werden.

## Launch des neuen Intranets

In einer derart großen Behörde wie dem LABO, in welcher u. a. regelmäßig neue Beschäftigte beginnen, ist es besonders wichtig, Kommunikationskanäle bzw. -plattformen zu schaffen, die sicherstellen, dass relevante Informationen für alle Mitarbeitenden des Hauses jederzeit sowie in übersichtlicher und aktueller Form verfügbar bzw. erreichbar sind. Vor diesem Hintergrund hatte das LABO bereits im Jahr 2017 begonnen, die Einführung eines neuen Intranets bzw. Beschäftigtenportals (OfficeNet 2 – ON2) mit vielfältigen Funktionalitäten vorzubereiten, welches schrittweise zur zentralen und umfassenden Informations- und Wissensplattform für die ganze Behörde ausgebaut werden soll.

Zur Befüllung dieses neuen Portals mit ersten Informationen, wurde gleich zu Beginn des Jahres 2018 mit der Schulung von dezentralen Redakteurinnen und Redakteuren – insbesondere in der Abteilung V – begonnen, die anschließend eigenständig ihre Inhalte einpflegen konnten. Im April bzw. Juni wurde das neue Portal allen Beschäftigten des LABO

zugänglich gemacht und standardmäßig als Startseite des Internetbrowsers festgelegt. Um die Beschäftigten mit der neuen Plattform vertraut zu machen, führte die Chefredaktion in mehreren Abteilungen Informationsveranstaltungen durch, in denen sie die wesentlichen Funktionalitäten vorstellte und für Fragen zur Verfügung stand.

Nachdem im Laufe des Jahres 2018 vielfältige Informationen aus den Aufgabengebieten der Zentralabteilung eingepflegt wurden, soll im Rahmen des schrittweisen Ausbaus zukünftig die Integration von Inhalten aus den Fachabteilungen sowie die damit einhergehende bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Möglichkeiten im Fokus stehen. Außerdem soll die Plattform verstärkt zur Kommunikation von organisatorischen Informationen genutzt werden. Da die Funktionalitäten des Portals es erlauben, Meldungen äußerst zielgerichtet anzuzeigen, erhalten Mitarbeitende auf diese Weise nur Informationen, welche sie tatsächlich betreffen.



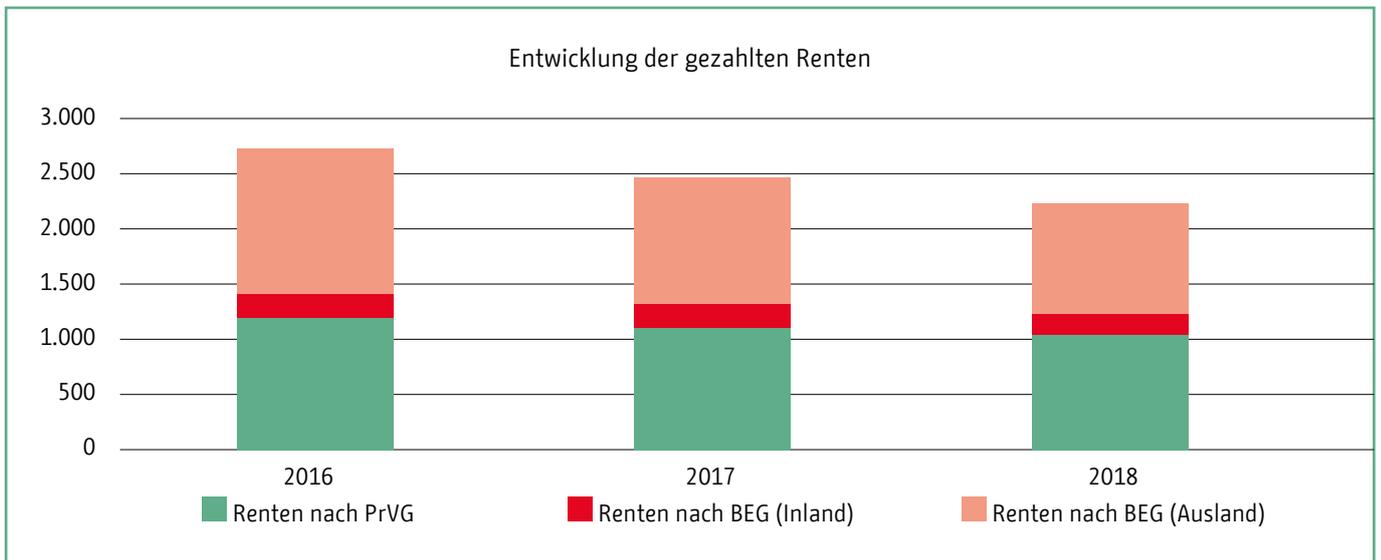
# Die Zahlen





## ABTEILUNG I — ENTSCHÄDIGUNGSBEHÖRDE

Kamerales Finanzvolumen in €	2016	2017	2018
Einnahmen gesamt (inkl. Transferleistungen des Bundes) in €	13.346.819	11.547.704	10.756.733
Ausgaben gesamt in €	31.276.410	29.887.588	27.580.581
Saldo in €	-17.929.591	-18.339.884	-16.823.848
Interne Grundzahlen der Abteilung	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	29,95	28,95	24,42
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	68	65	70
Zahl der Führungskräfte	5	5	4
davon Frauen	1	1	1
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	55	56	56
Durchschnittliche Gesundheitsquote in %	85,88	91,05	91,21
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	3,70	92,00	100
Anteil der Beschäftigten in %, bei denen ein Jahresgespräch durchgeführt und dokumentiert wurde	65,00	95,83	68,18



Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2016	2017	2018
Zahl der Rentenempfängerinnen und Rentenempfänger	2.704	2.443	2.214
Zahl der in Berlin gemeldeten Rentenempfängerinnen und Rentenempfänger (PrVG)	1.173	1.101	1.027
Zahl der im Bundesgebiet betreuten Rentenempfängerinnen und Rentenempfänger (BEG)	230	202	178
Zahl der im Ausland betreuten Rentenempfängerinnen und Rentenempfänger (BEG)	1.301	1.140	1.009
Zahl der Länder, in denen die betreuten Personen heute leben	31	31	31



## ABTEILUNG II — PERSONENSTANDS- UND EINWOHNERWESEN

Kamerales Finanzvolumen in €	2016	2017	2018
Einnahmen gesamt in €	4.360.924	5.637.429	5.305.293
Ausgaben gesamt in €	14.628.963	14.917.078	15.752.299
Saldo in €	-10.268.039	-9.279.649	-10.447.006
Interne Grundzahlen der Abteilung	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	162,01	160,01	172,10
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	75	76	77
Zahl der Führungskräfte	15	14	12
davon Frauen	8	9	7
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	52	51	49
Durchschnittliche Gesundheitsquote in %	86,90	87,33	86,50
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	24,72	52,10	88,82
Anteil der Beschäftigten in %, bei denen ein Jahresgespräch durchgeführt und dokumentiert wurde	29,07	10,76	33,54
Ausgewählte demographische Grundzahlen	2016	2017	2018
Gemeldete Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnung	3.682.096	3.721.027	3.759.420
Gemeldete Einwohnerinnen und Einwohner mit Nebenwohnung	104.678	100.675	98.467

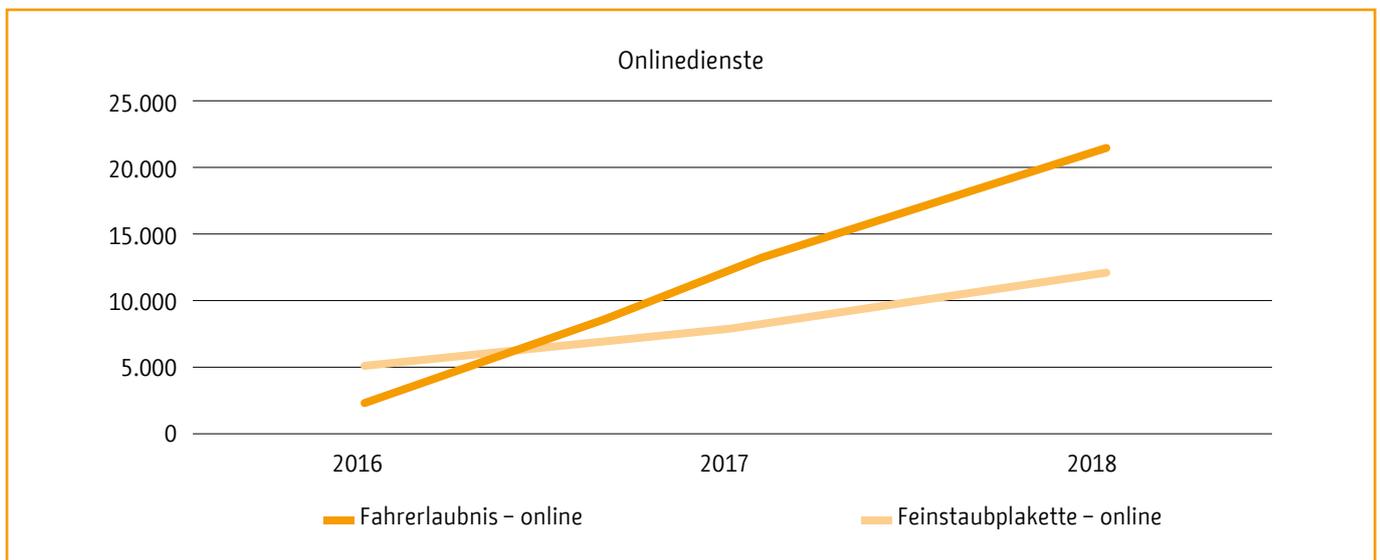


Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2016	2017	2018
Anzahl der aktiven Auskunftssperren	k.A.	k.A.	17.948
Zahl der automatisierten Privatauskünfte	697.421	665.363	609.153
Zahl der manuellen Privatauskünfte	26.269	31.546	24.663
Zahl der Behördenanfragen	33.987.514	39.670.237	26.876.197
Anzahl der Vorgänge in Passangelegenheiten	36.000	97.668	103.601
Anzahl der Vorgänge in Personalausweisangelegenheiten	59.949	8.655	20.503
Anzahl der Verpflichtungserklärungen nach § 68 und §§ 66, 67 Aufenthaltsgesetz	28.444	28.685	26.619
Anzahl aller amtlichen und sonstigen Beglaubigungen inkl. Apostillen	14.579	14.650	15.051
Verfügbarkeit der verantworteten IT-Verfahren für die Anwenderinnen und Anwender bezogen auf die Werktage im Land Berlin in %	99,51	99,86	99,78
Anzahl der Beurkundungen im Personenstandsregister durch das Standesamt I in Berlin	6.857	5.015	7.110
Anzahl der im Standesamt I in Berlin bearbeiteten Namens-erklärungen, Vaterschaftsanerkennungen und Ehefähigkeits-	43.820	37.817	20.714
Anzahl der im Standesamt I in Berlin ausgestellten Urkunden, Bescheinigungen und Negativbescheinigungen	28.390	24.821	23.765



## ABTEILUNG III – KRAFTFAHRZEUGWESEN

Kamerales Finanzvolumen in €	2016	2017	2018
Einnahmen gesamt in €	25.685.461	25.813.455	25.302.019
Ausgaben gesamt in €	24.033.211	32.702.807	26.435.860
Saldo in €	1.652.249	-6.889.353	-1.133.840
Interne Grundzahlen der Abteilung	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	372,81	370,81	387,25
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	77	77	76
Zahl der Führungskräfte	22	20	26
davon Frauen	12	12	15
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	48	48	46
Durchschnittliche Gesundheitsquote in %	86,48	86,78	87,20
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	20,16	25,25	72,60
Anteil der Beschäftigten in %, bei denen ein Jahresgespräch durchgeführt und dokumentiert wurde	46,39	16,44	27,95



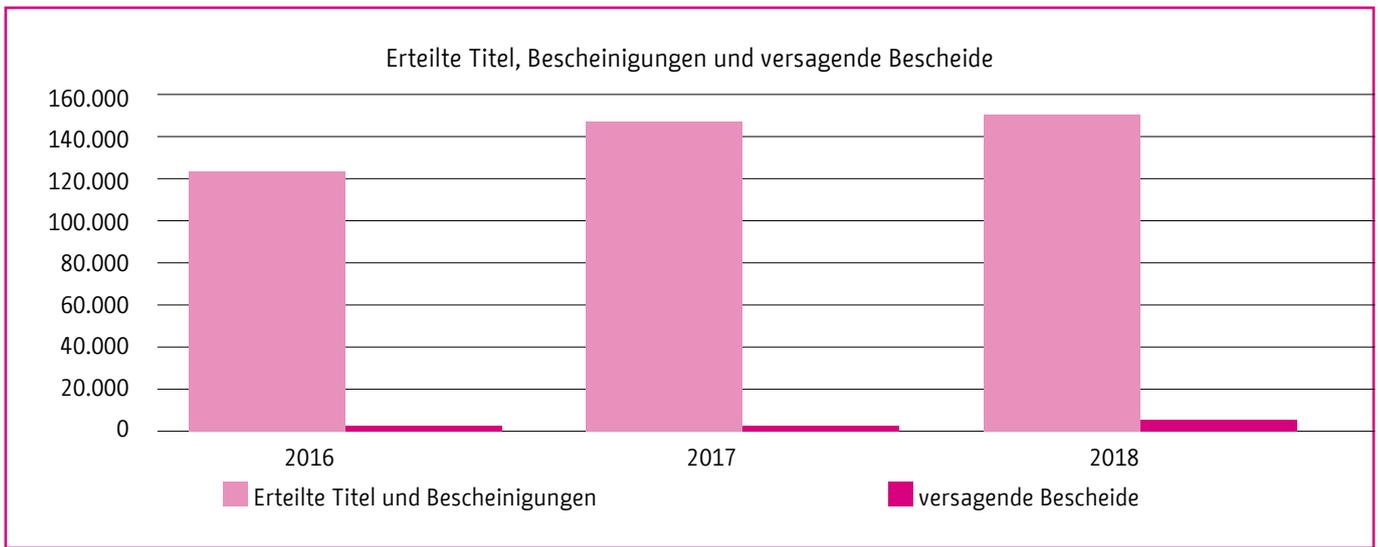
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2016	2017	2018
Zugelassene Kraftfahrzeuge	1.493.236	1.505.992	1.554.890
Zahl der Fahrerlaubnisinhaberinnen und -inhaber	2.663.414	2.705.775	2.730.814
Vorgangszahlen Feinstaubplaketten-online	5.277	7.931	12.143
Vorgangszahlen Halterauskünfte-online	5.874	6.932	6.588
Vorgangszahlen Online-Außerbetriebssetzungen (1. Stufe iKfz)	212	488	346
Vorgangszahlen Online-Wiederzulassung (2. Stufe iKfz)	0	0	4
Eingehende Anträge auf Ersterteilung und Erweiterung einer Fahrerlaubnis sowie auf „Begleitetes Fahren mit 17“	51.166	51.396	53.481
davon online	2.299	12.596	21.536
Eingehende Anträge auf Erteilung eines sog. Personenbeförderungsscheins	6.521	5.066	9.381
Zahl der Konzessionen im Gelegenheits- und Linienverkehr	12.433	12.180	13.141
Zahl der Taxi-Konzessionen	8.313	8.010	8.247



## ABTEILUNG IV — AUSLÄNDERBEHÖRDE

Kamerales Finanzvolumen in €	2016	2017	2018
Einnahmen gesamt in €	3.862.514	4.488.115	5.144.929
Ausgaben gesamt in €	24.989.913	28.838.788	29.396.145
Saldo in €	-21.127.400	-24.350.674	-24.251.217
Interne Grundzahlen der Abteilung	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	429,87	429,87	427,42
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	71	70	71
Zahl der Führungskräfte	27	27	27
davon Frauen	18	18	18
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	41	41	41
Durchschnittliche Gesundheitsquote in %	90,06	90,03	88,61
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	44*	87*	89*
Anteil der Beschäftigten in %, bei denen ein Jahresgespräch durchgeführt und dokumentiert wurde	31,15	35,19	34,19

\*Zusätzlich wurden 100 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Wissensvermittlung im Dialogaustausch weitergebildet.



<b>Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Zahl der Kundenkontakte	371.286	402.992	386.705
Zahl der erteilten Titel und sonstiger Bescheinigungen	122.936	146.961	149.872
Zahl der versagenden Bescheide	1.249	1.183	3.616
Zahl der Ausweisungen und Feststellungen des Verlusts der Freizügigkeit	303	344	757
Zahl der abgegebenen Stellungnahmen im VISA-Verfahren	8.692	9.107	10.572
Zahl der Asylsuchenden in der Zuständigkeit der ABH	34.417	16.968	14.628
Zahl der erfassten unerlaubt eingereisten Ausländerinnen und Ausländer	2.473	1.632	1.683
Zahl der Ausreisepflichtigen	10.512	11.754	12.605
Zahl der freiwilligen Ausreisen	9.601	3.629	2.799
Zahl der Abschiebungen	2.028	1.638	1.182
Aufrufe der Homepage der Ausländerbehörde	2.058.280	2.450.284	2.705.230



## ABTEILUNG V — ZENTRALE AUFGABEN UND INTERNE PRODUKTE

<b>Kamerales Finanzvolumen in €</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Einnahmen gesamt in €	39.276	11.773	489
Ausgaben gesamt in €	8.420.206	8.700.405	11.061.280
Saldo in €	-8.380.930	-8.688.632	-11.060.791
<b>Interne Grundzahlen der Abteilung</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Anzahl der Beschäftigten	80	83	95
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	69	70	65
Zahl der Führungskräfte	8	8	8
davon Frauen	6	5	3
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	50	49	47
Durchschnittliche Gesundheitsquote in %	88,25	93	87,61
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	29,76	74,19	100,00
Anteil der Beschäftigten in %, bei denen ein Jahresgespräch durchgeführt und dokumentiert wurde	44,74	26,83	20,65
<b>Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum (als durchschnittlicher Wert pro Monat)</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Zahl der betreuten PCs (incl. Schulungs- und Admin-PC)	1.441	1.545	1.584
davon eigenbetreut	945	955	955
Zahl der betreuten Arbeitsplätze	1.217	1.266	1.260
Zahl der betreuten Beschäftigten	1.133	1.148	1.233
Zahl der in der Abteilung bearbeiteten Rechnungen des ITDZ Berlin	790	857	876
Zahl der bearbeiteten internen Aufträge im Querschnittspektrum	4.813	4.336	4.801
Zahl der durch die Abteilung beseitigten Störungen (Vorfälle) im Querschnittspektrum	2.552	1.456	1.569

# LABO gesamt

Haushalt	2016	2017	2018
Einnahmen gesamt in €	47.294.994	47.498.476	46.509.463
Ausgaben gesamt in €	103.348.704	115.046.666	110.226.166
Saldo in €	-56.053.710	-67.548.190	-63.716.703
Kosten	2016	2017	2018
Personalkosten in €	38.872.021	40.049.343	44.409.385
Sachkosten in €	3.467.255	4.698.678	4.519.323
Transferkosten in €	1.866.588	1.656.065	1.555.169
Verrechnungskosten in €	6.697.304	7.507.113	7.594.262
kalkulatorische Kosten in €	5.724.670	5.565.679	5.692.360
Gemeinkosten in €	33.944.869	34.001.916	32.041.394
Transfers in €	28.482.228	27.303.302	25.066.301
<b>Gesamtkosten in €</b>	<b>119.054.934</b>	<b>120.870.777</b>	<b>120.878.194</b>
Erträge in €	47.187.654	47.494.399	46.475.321
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	2016	2017	2018
Anzahl der Stellen	1.097,39	1092,39	1.122,19
Zahl der aktiv Beschäftigten	1.049	1.071	1180
Zahl der weiblichen Beschäftigten	770	785	863
Zahl der Teilzeitbeschäftigten	170	180	201
Zahl der schwerbehinderten Menschen	113	109	110
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	46	46	45
Durchschnittliche Gesundheitsquote in %	88,03	88,51	87,85
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	30,55	58,93	87,02



**be**  **Berlin**

**HERAUSGEBER**

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten  
Der Direktor  
Friedrichstraße 219  
10958 Berlin  
[www.berlin.de/labob](http://www.berlin.de/labob)  
Tel. +49 (0) 30 90269-0

**KONZEPT, GESTALTUNG, DRUCK**

Lücken-Design  
[www.luecken-design.de](http://www.luecken-design.de)

**AUFLAGE:** 100 Stück

**BILDNACHWEIS**

© Fotolia (Deckblatt, Seiten 12, 14, 26, 30, 32, 38)  
© Depositphotos (Seite 11)  
© Pixabay (Seiten 13, 17, 18, 21, 22, 25, 34, 36)  
© LABO (Seiten 28-29)

Stand: September 2019

Inhalt auf 100 % Recyclingpapier